

HEUSS-FORUM 9/2019

Bernhard Gotto

„Stimmungsdemokratie“?

Repräsentation, Responsivität
und Emotionalität in der internen
Kommunikation der CSU in den
1970er und 1980er Jahren

Theodor-Heuss-Kolloquium 2019
Democracy Revisited. Praktiken, Ordnungen
und Begrenzungen der liberalen Demokratie
von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart
10.–11. Oktober 2019

In Kooperation mit der
Akademie für Politische Bildung Tutzing



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Bernhard Gotto

„Stimmungsdemokratie“? Repräsentation, Responsivität und Emotionalität in der internen Kommu- nikation der CSU in den 1970er und 1980er Jahren

Im Spätsommer 1988 ging es der CSU noch gut. Ihre Wahlergebnisse lagen in Bund und Land bei über 55 Prozent, Franz Josef Strauß war seit 27 Jahren Parteivorsitzender und fast zehn Jahre lang Ministerpräsident. Die politische Hegemonie der CSU in Bayern schien unantastbar. Das sahen auch rund 183.000 Mitglieder so. Dennoch gab es natürlich Unzufriedene. Im September 1988 trat ein Parteimitglied im Landkreis Rosenheim aus der CSU unter Protest aus; es hatte Streit gegeben, den die Kontrahenten auch über die Lokalzeitungen ausgetragen hatten. Dies nahm der frisch ernannte Generalsekretär der Partei Erwin Huber zum Anlass für grundsätzliche Bemerkungen darüber, wie innerparteiliche Differenzen ausgetragen werden sollten: „Ich bin“, schrieb er an den Vorsitzenden des Ortsverbands, „selbstverständlich stets offen für Kritik [...]. Dabei muß aber immer das Bemühen erkennbar werden, [...] der gemeinsamen Sache zu dienen. Die eigensüchtige Ausnutzung von Elementen der Stimmungsdemokratie zum Zwecke der eigenen Profilierung lehne ich ab.“¹

Huber ging es offensichtlich nicht darum, ein abtrünniges Parteimitglied zurückzugewinnen. Er intervenierte, um die innerparteiliche

¹ Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP), GS Abgabe 1/348, Erwin Huber an den Vorsitzenden des CSU-Ortsverbands Neubeuern, 22.9.1988.

Streitkultur wieder ins Lot zu bringen, die in seinen Augen offensichtlich aus dem Ruder zu laufen drohte. Schuld daran waren bedenkliche Erscheinungen der „Stimmungsdemokratie“. Damit war die vermeintliche Anfälligkeit von Politikern gemeint, sich opportunistisch zu der öffentlichen Meinung zu verhalten.² Diese Neigung legten die Mahner als Schwäche der Demokratie aus, weil sie sachlich gebotene, aber unpopuläre Entscheidungen erschwere. Darin spiegelte sich ein lang tradiertes Misstrauen gegen das Prinzip der Volkssouveränität, sofern diese ein Einfallstor für kollektive Gefühle bot.³

Diese kleine Episode führt uns mitten hinein in den Wandel der demokratischen Kultur in Deutschland. Auf diesen Wandel zielen meine Überlegungen ab. Vorab möchte ich skizzieren, welche Indikatoren ich für den Wandel der demokratischen Kultur beleuchten möchte. Dazu verwende ich die drei Begriffe aus meinem Untertitel: Repräsentation, Responsivität und Emotionalität.

Repräsentation war – und ist – ein neuralgischer Punkt der Demokratiekritik. Das ist uns allen aus der Forschungsliteratur zu den 1970er Jahren vertraut: Sie gelten als Durchbruchphase einer „partizipativen Revolution“. Folgt man der Zeitgeschichtsforschung, so hatten die Demokratisierungsansätze allerdings erst langfristig Erfolg. Zunächst widerstanden die etablierten Organisationsstrukturen, Kommunikationsformen und Willensbildungsprozesse in der Bundesrepublik

² Vgl. z. B. Gerhard Franz, Sozialpsychologie politischer Legitimierung. Empirische Analysen zum Erscheinungsbild der Stimmungsdemokratie, Frankfurt am Main 1988.

³ Vgl. Benedikt W. Czok, Theodor Geigers Stimmungsdemokratie. Eine rechtssoziologische Untersuchung des Legitimationsdefizits im 21. Jahrhundert, Berlin 2012.

allen Versuchen, die Demokratie von innen heraus zu verändern. In diesem Setting waren die politischen Eliten die Verteidiger des Prinzips der Repräsentation, die sich von den Akteurinnen und Akteuren mit anderen Demokratiekonzepten herausgefordert fühlten.

Ich möchte den Begriff der Repräsentation etwas weiter fassen. Es soll nicht allein um die Frage gehen, wie gut oder schlecht sich Bürgerinnen und Bürger von Mandatsträgerinnen und -trägern politisch vertreten fühlten. Im Anschluss an neuere politikwissenschaftliche Ansätze verstehe ich unter Repräsentation ein dynamisches Beziehungsgeflecht zwischen Repräsentierten und Repräsentanten, das „Nichtidentität, Differenz, Wertungs- und Interpretationskonflikte“⁴ nicht einfach als dysfunktional abtut. Solche Friktionen konstituieren im Gegenteil den Raum für demokratische Entscheidungsoptionen.

Responsivität meint die Fähigkeit des politischen Systems und seiner Repräsentanten, auf Wünsche der Repräsentierten einzugehen. Damit lässt sich das andere Ende im Spannungsbogen der Demokratiekritik in meinem Untersuchungszeitraum festmachen: Beklagte die „Stimmungsdemokratie“ ein Übermaß, auf Anliegen der Wählerinnen und Wähler einzugehen, so bringt Responsivität die Forderung auf den Punkt, dass die Bevölkerung auch zwischen den Wahlen die Möglichkeit haben sollte, ihre Präferenzen einzubringen. Wenn Politiker nicht auf ihre Wählerinnen und Wähler hörten, galten sie als elitäre Machtmenschen, denen das Gespür für die Belange der normalen Bürgerinnen und Bürger verlorengegangen sei. Den Vorwurf der

⁴ Winfried Thaa, Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation: vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung politischer Freiheit, in: Politische Vierteljahresschrift 49 (2008), S. 608–640, hier S. 630.

abgehobenen politischen Klasse hat die Repräsentativitätsforschung zwar widerlegt, der Vorwurf, „die da oben“ scherten sich nicht um die Ansichten ihrer Klientel, war (und ist) nichtsdestotrotz ein dauerhaftes Element der Demokratiekritik.

Ich werde den Begriff der Responsivität im Folgenden nicht allein auf inhaltliche Anpassungen in politischen Aushandlungsprozessen aufgrund von Wählerwünschen beziehen. Mir geht es generell um die Art und Weise, wie die CSU-Führung auf Kritik und Beschwerden von der Basis reagierte.

Vielleicht wundert sich mancher, dass ich neben zwei klassische Konzepte aus der politischen Theorie den etwas schwammigen Begriff der **Emotionalität** setze. Dass die Gefühlsregulation ganz eng mit Vorstellungen einer guten Demokratie zusammenhängt, zeigt ja bereits das Verdikt der Stimmungsdemokratie. Denn Stimmungen, also flüchtige Gefühle, erscheinen hier als etwas, was den politischen Prozess letztlich verdirbt. Das ist typisch für die politische Kultur nach 1945: Aus der Erfahrung von Demagogie und emotionaler Vereinnahmung im Nationalsozialismus nahm die bundesdeutsche Demokratie ein betont nüchternes und rationalistisches Gepräge an. Demokratie sollte nichts mit Leidenschaft oder Begeisterung zu tun haben, sondern in einem großen Gespräch zwischen vernünftigen Bürgern und sachkundigen Politikern organisiert werden.

Genau in den 1970er und 1980er Jahren änderte sich im bundesdeutschen Gefühlshaushalt jedoch viel. Zuletzt hat Frank Biess beschrieben, wie eine „expressive Emotionskultur“ die lange Zeit dominante Norm der Selbstbeherrschung und Gefühlskontrolle

ablöste.⁵ Das ging weit über das alternative Milieu hinaus, in dem Gefühle als Triebkraft für politisches Handeln ohnehin anerkannt waren. In Populärkultur, Wissenschaft, in allen Segmenten der Gesellschaft war die Aufwertung von Gefühlen deutlich genug, dass die Politik davon nicht unberührt bleiben konnte. Im Folgenden möchte ich Gefühlsausdrücke als kommunikativen Modus heranziehen, in dem die Akteure an der CSU-Basis ihre Ansprüche an den politischen Prozess und ihre Rolle darin formulierten.

Nach diesen einführenden Erläuterungen möchte ich direkt mit der **These** einsteigen. Sie fußt auf einer Auswertung der Korrespondenz zwischen den Generalsekretären der CSU und den lokalen Parteiorganisationen zwischen 1970 und 1989:

Die Partizipationsansprüche an der Basis stiegen deutlich und dauerhaft. Allerdings nicht (allein) in der Weise, dass es um „mehr Demokratie“ im Sinne von gesteigerten Mitspracherechten und Entscheidungsbeteiligungen ging. Der Wandel, den ich im Folgenden zeigen möchte, zielt auf eine Aufwertung der Rolle von Engagierten im politischen Prozess. Dabei stehen Anerkennungsansprüche im Zentrum, die an die Person der Engagierten gebunden sind. Die ehrenamtlichen CSU-Funktionäre engagierten sich nicht allein um der Sache willen, es ging ihnen darüber hinaus um „das Selbst“.

Partizipationsansprüche

Wer glaubt, dass die CSU unter Strauß ein folgsamer Wahlkampfverein gewesen sei, der voller Ehrfurcht jeder Volte ihres großen Vor-

⁵ Vgl. Frank Biess, *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 281 u. 299–301.

sitzenden folgte, irrt sich gewaltig. Im Gegenteil: Die Ortsvorsitzenden traten gegenüber der Landesleitung sehr selbstbewusst auf. Sie pochten auf das Mitspracherecht der Basis und protestierten, wenn wichtige Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen wurden. Solche Fälle gab es zuhauf, etwa die Gebietsreform in Bayern in den 1970er Jahren, den berühmten Beschluss von Kreuth 1976, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen, die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß bei der Bundestagswahl 1980, oder der Versuch von 1984, die Parteispendenaffäre mit einem Amnestiegesetz zu ersticken. In all diesen Fällen und bei vielen anderen Gelegenheiten weigerten sich die lokalen CSU-Vertreter, die Alleingänge der politischen Führung mitzumachen. „Innerparteiliche Demokratie beginnt mit der Diskussion an der Basis“, verlangte 1973 ganz selbstverständlich der Kreisvorsitzende aus Erding und spätere Kultusminister Hans Zehetmaier.⁶

Sein Beispiel zeigt: Das Aufbegehren kam nicht aus den Reihen der jungen Wilden in der CSU oder von schwarzen 68ern.⁷ Der demokratische Aufbruch zog viel weitere Kreise. So weit, dass sich Anfang 1983 der Kreisvorsitzende der CSU in Regen ganz selbstverständ-

⁶ ACSP, GS Abgabe 1/338, Hans Zehetmaier (Vorsitzender CSU-Kreisverband Erding) an Gerold Tandler, 11.9.1973.

⁷ Vgl. dazu Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt am Main 2010; Anna von der Goltz, *A Vocal Minority. Student Activism of the Center-Right and West Germany's 1968*, in: dies./Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge 2017, S. 82–104.

lich auf Willy Brandt berufen konnte, als er an seinen Generalsekretär Edmund Stoiber appellierte: „Stärken Sie bitte das Gewicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter und wagen mehr Demokratie innerhalb unserer Partei!“⁸ Bei solchen Appellen blieb die CSU-Basis nicht stehen. Sie griff notfalls zu drastischeren Protestformen. Mehrfach traten die örtlichen Vorstände in eine Art politischen Streik, indem sie jede Mitarbeit einstellten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Andere überwiesen keine Mitgliedsbeiträge mehr nach München. Wenn nichts anderes mehr half, drohten Ortsvorstände kollektiv mit Austritt oder gründeten gar kleine Splitterparteien, die lokal gegen die CSU antraten. Woher kam das alles? Ich meine, dass wir es weder mit besonders konfliktreichen Zeiten zu tun haben, noch mit einer vermeintlich typisch bayerischen rebellischen Haltung. Genau dieselben Klagen, dieselben Forderungen und ähnliche Protestformen finden sich auch in den anderen Parteien.⁹ Daran lässt sich ablesen, dass der Demokratisierungsimpetus der späten 1960er und frühen 1970er Jahre kein Strohfeuer war. In den Parteien entfaltete er vielmehr eine nachhaltige Wirkung.

Repräsentation

Die vielen Klagen über Entscheidungen der Parteiführung sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anhängerinnen und Anhänger mit der Agenda der CSU und ihrer Füh-

rung durchaus einverstanden waren. Die Zustimmung zum Programm und den Persönlichkeiten an der Spitze war ausgeprägt. Dennoch durchziehen Äußerungen über Unzufriedenheit mit der politischen Führung die interne Korrespondenz zwischen Parteiführung und -basis wie ein roter Faden. Was waren die Gründe?

Häufig nahmen die CSU-Lokalgrößen nicht an strittigen Positionen ihrer Führungsleute Anstoß, sondern an der Form der politischen Auseinandersetzung. Der konfrontative Politikstil von Strauß und Stoiber stieß vielfach auf Ablehnung. Vor allem öffentlich ausgetragener Streit unter Parteifreunden oder Koalitionspartnern löste heftige Abwehrreaktionen aus. So wettete der CSU-Vorsitzende in Oberschleißheim 1980 über eine solche Auseinandersetzung: „Die CSU macht sich lächerlich. [...] Wir sind nicht bereit, für ein unsinniges, in aller Öffentlichkeit ausgetragenes Gezänk [...] unseren Kopf hinzuhalten.“¹⁰ Dass öffentlicher Streit die Chancen für erfolgreiche politische Arbeit vor Ort schmälerte, war nur die eine Seite der Medaille. Die andere war, dass die lokalen CSU-Repräsentanten darin den Bruch eines gemeinsamen Wertekonsenses durch ihre Führungsleute erblickten. Insbesondere Vertreter der Nachkriegs-Aufbaugeneration erhoben diesen Vorwurf: „Behandelt man so politische Freunde? Ist das christlich?“, fragte der Geschäftsführer eines mittelfränkischen Ortsverbands, und fuhr fort: „Gerade wir Älteren, die wir seit Jahrzehnten aus Idealismus und Vaterlandsliebe neben dem Beruf Basisarbeit

⁸ ACSP, GS Abgabe 1/360, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Regan an Edmund Stoiber, 15.1.1983.

⁹ Vgl. dazu Bernhard Gotto, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin 2018.

¹⁰ ACSP, GS Abgabe 1/344, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Oberschleißheim an Edmund Stoiber, 3.1.1980.

[...] geleistet haben, sind besonders bitter enttäuscht.“¹¹

Wenn wir solche Klagen als Gradmesser für das Beziehungsgeflecht zwischen politischer Führung und Basis heranziehen, dann sehen wir, dass Nicht-Identifikation sich auf einer ganz anderen Ebene als einem rein thematischen Dissens manifestierte: Repräsentation scheiterte, wenn lokale Parteivertreter „ihre“ CSU nicht mehr mit dem Bild in Einklang brachten, das ihre Führungsfiguren in der Öffentlichkeit abgaben. Das Problem lag also auf dem Gebiet der symbolischen Repräsentation.

Wirkliche Erklärungen für diese Repräsentationslücke habe ich noch nicht. Einen möglichen Grund möchte ich aber skizzieren: In den Klagen kamen Differenzen zum Ausdruck, die aus unterschiedlichen räumlichen Bezügen herrührten. Im lokalen Nahfeld der Ortsvorsitzenden entfalteten Interventionen, die auf die Rolle der CSU auf Bundesebene abzielten, eine ganz andere Wirkung. „Wir haben keine Lust, täglich Watschn für Dinge einzustecken, die Sie zu verantworten haben“, schimpfte ein örtlicher Parteigewaltiger 1988 auf Strauß ein.¹² Dass dadurch überhaupt Reibungen entstanden, lässt sich mit der Aufwertung des Nahraums als politische Arena erklären. Politik spielte sich nicht im fernen München oder Bonn ab, sondern wurde in der unmittelbaren Umgebung erfahren. Dadurch veränderte sich auch das Rollenverständnis von niederrangigen Parteivertretern. Sie begnügten sich nicht mehr damit, „der

Sache“ oder einem Vorsitzenden zu dienen, sondern verstanden sich als Mitgestalter politischer Prozesse.

Responsivität

Viele lokale CSU-Vertreter nahmen den konkreten Grund ihrer Beschwerde zum Anlass für eine Grundsatzkritik. Sie behaupteten eine Entfremdung der politischen Führung von den Belangen und Empfindungen der normalen Bevölkerung. Diese Klage zieht sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum. Sie ist ein Echo auf die zeitgenössischen Debatten über Politikverdrossenheit. Wie berechtigt war dieser Vorwurf?

Generell zeigte die Parteispitze eine hohe Bereitschaft, auf die Anliegen der Absender einzugehen. Das gilt für Strauß selbst, den sein Büroleiter geradezu davon abhalten musste, zu viel Zeit auf das Beantworten der Zuschriften zu verwenden, die ihn zu Tausenden erreichten. Auch Gerold Tandler, Edmund Stoiber, Otto Wiesheu und Erwin Huber, die in den 1970er und 1980er Jahren als Generalsekretäre amtierten, antworteten in der Regel ausführlich und rasch. Insofern war die CSU durchaus responsiv.

Ein näherer Blick auf die Antwortschreiben offenbart allerdings, dass das Partizipationsverlangen der örtlichen Funktionäre nur auf ein verhaltenes Echo traf. Denn die Antwortschreiben enthielten zwar in der Regel einen höflichen Dank für das Interesse an diesem oder jenem politischen Thema sowie die stereotype Beteuerung, Kritik von der Basis „ernst zu nehmen“. Doch dann folgten oftmals seitenlange Belehrungen und Erklärungen, die die Adressaten in aller Regel bereits aus der Presse, den internen Informations-

¹¹ ACSP, GS Abgabe 1/343, Ortsgeschäftsführer des CSU-Ortsverbands Emskirchen an Edmund Stoiber, 19.12.1978.

¹² ACSP, GS Abgabe 1/348, Offener Brief des Vorsitzenden des CSU-Ortsverbands Neufahrn an Franz Josef Strauß und den Landesvorstand der CSU, 12.7.1988.

diensten der CSU oder aus dem „Bayernkurier“ kannten.

Gerade Stoiber erwiderte häufig in einem rechthaberischen Gestus, der keinen Platz für andere Meinungen ließ. Er warf Kritikern an seinem Kurs Unkenntnis und Naivität vor. Nicht selten verursachten solche Abbügelantworten mehr Ärger als der ursprüngliche Anlass für die Kritik, wie die Reaktion eines Parteifunktionärs auf eine hochmütige Zurückweisung zeigt: „Werter Herr Tandler, ich wollte mit meinem Schreiben an den Parteivorsitzenden mit Sicherheit keine Opposition betreiben, doch der Stil Ihrer Antwort mißfällt mir und wenn ich diese Antwort richtig deute [sic] ist es so, daß einem Ortsvorsitzenden eines kleinen Ortsverbands (trotz Demokratie) das Recht abgesprochen wird, Gegebenheiten anzusprechen, die in Zweifel gestellt werden“¹³. Solche Reaktionen zeigen, dass die CSU-interne Kommunikation eine zentrale Erwartung der Parteimitglieder vor Ort nicht erfüllte, weil sie deren Rollenverständnis als demokratische Mitgestalter desavouierte.

Auf einem anderen Gebiet kann man ebenfalls kaum von einer Responsivität der Parteiführung sprechen: In aller Regel filterten die Antworten auf Beschwerdebriefe deren emotionale Botschaften heraus. Kaum ein Wort verloren Tandler, Wiesheu oder Stoiber über die ungunstigen Gefühle, die die Parteiführung auslöste – auf diese Gefühle komme ich gleich noch zurück. Jetzt geht es mir um eine Folge dieser Leerstelle. Die Entemotionalisierung unterdrückte eine enorm wichtige Ebene im

„Selbst“ der Engagierten.¹⁴ Die lokalen CSU-Funktionäre und Mitglieder brachten ihre Empfindungen als Teil ihrer politischen Persönlichkeit in ihre ehrenamtliche Arbeit ein. Starke Gefühle wie Ärger oder Empörung entsprangen einer starken Identifikation mit ihrer Partei und ihrer Rolle darin. Wenn nun diese Gefühle auf keine Resonanz stießen, konnte dies die emotionale Integration der lokalen Funktionäre in die Partei schwächen. Genau diese Ebene sprachen zahlreiche Beschwerden an, denen zufolge die Parteiführung das Fingerspitzengefühl für die Stimmungen ihrer Anhängerinnen und Anhänger verloren habe.

Emotionalität

Wenn wir nun auf die Gefühle schauen, die die lokalen CSU-Funktionäre in ihren Klagen zum Ausdruck brachten, dann haben wir es nicht einfach mit einem Mischmasch negativer Gefühle zu tun. Ein genauerer Blick auf die verwendeten Gefühlsausdrücke lässt klare Muster erkennen, und diese erlauben wiederum Rückschlüsse auf Grunderwartungen der Parteifunktionäre vor Ort. Auf zwei dieser Muster möchte ich näher eingehen.

Das erste bezieht sich auf Gefühlswörter, die ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden zum Ausdruck brachten. „Dieses Verhalten von Führungspersönlichkeiten hat die Parteibasis nicht verdient“¹⁵, schrieb ein Ortsvorsitzender. Immer wieder beschwerten sich lokale Funktionäre darüber, dass sie jahrelang Zeit und Geld geopfert hätten, und klagten nun,

¹³ ACSP, GS Abgabe 1/345, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Emmerting an Gerold Tandler, 22.6.1984.

¹⁴ Vgl. Pascal Eitler/Jens Elberfeld (Hrsg.), *Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung – Politisierung – Emotionalisierung*, Bielefeld 2015.

¹⁵ ACSP, GS Abgabe 1/344, Telex des Vorsitzenden des CSU-Kreisverbands Miltenberg an den CSU-Landesvorstand, 18.6.1979.

dass ihre Treue und ihr Einsatz nicht belohnt würden. Ein Beispiel dafür ist die Beschwerde des Landrats im Landkreis Regensburg über die Auswirkungen der Gebietsreform. Diese wertete der Landrat als die „schwerste politische Niederlage in meiner über 27 Jahre währenden Tätigkeit als Landrat [...]. Nicht die politischen Gegner haben sie mir zugefügt, sondern die [...] Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, die einen der stärksten Kreisverbände der CSU und seinen Kreisvorsitzenden öffentlich brüskieren und demütigen.“¹⁶ Wie dieses Zitat zeigt, hatte der Vorwurf der Ungerechtigkeit eine moralische Implikation. Für ehrenamtliche CSU-Funktionäre stand außer Zweifel, dass sie nach Sitte und Anstand ein Anrecht auf die Unterstützung durch Parteifreunde in öffentlichen Ämtern hatten. Wenn sie diese Unterstützung vermissten oder sogar das Gegenteil erlebten, fühlten sie sich, wie es häufig in den Beschwerdebriefen heißt, „im Stich gelassen“¹⁷.

Das zweite Muster oder Motivbündel ist eng damit verbunden. Es kreist um die Auswirkung der kritisierten Handlungen auf das Ansehen der lokalen Funktionäre in deren sozialem Umfeld. Diese Auswirkungen schilderten sie als persönliche Beschämung oder gar Demütigung. „Wie stehe ich vor denen da, die mir gestern ihren Parteiausweis zurückgegeben haben? [...] ich bin betrogen und gedemü-

tigt worden von denen, für die ich einstehe“¹⁸, beschrieb der Vorsitzende eines Oberpfälzer Ortsverbands 1976 die Folgen einer Organisationspanne, nachdem er und seine Mitstreiter bei einer Wahlkampfgroßveranstaltung in München nicht mehr eingelassen worden waren und unverrichteter Dinge die rund 250 Kilometer lange Heimfahrt antreten mussten. Häufig warfen lokale CSU-Politiker ihren führenden Repräsentanten vor, sich ihretwegen für die CSU schämen oder den Spott des politischen Gegners ertragen zu müssen.

Solche Formulierungen zeigen, dass die CSU-Funktionäre Anerkennung ihres Engagements erwarteten. Für ihren Einsatz verlangten sie den Respekt ihrer Vorderleute. Darin spiegelt sich ein Selbstbewusstsein, das ganz wesentlich auf den Demokratisierungsschub seit den späten 1960er Jahren zurückgeht. „Wenn wir nur in bestimmten Zeiten als sicheres ‚Wahlvieh‘ gebraucht werden, [...] ist für uns kein Platz mehr in dieser Partei“¹⁹, spitzte der Vorsitzende im niederbayerischen Bad Füssing diese Haltung zu. Die Klagen offenbaren außerdem, wie eng die örtlichen Parteivertreter ihre persönliche Würde mit ihrem politischen Engagement assoziierten. Auf sie trifft sicherlich zu, was Paul Nolte als „Gewichtsverschiebung [...] zur Demokratie als Lebensform“²⁰ beschrieben hat, nämlich dass eine partizipative Kultur auch in die privaten Lebensbereiche gedrungen war.

¹⁶ ACSP, GS Abgabe 1/341, Leonhard Deininger (Senatsmitglied, Landrat und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Regensburg-Land) an Gerold Tandler, 27.10.1975.

¹⁷ Z. B. ACSP, GS Abgabe 1 339, Schreiben des CSU-Ortsverbands Neunburg vorm Wald, 5.11.1973; ACSP, GS Abgabe 1/341, CSU-Ortsverbände Marktzeuln, Schwürlbitz, Neuensee und Hochstadt am Main an Franz Josef Strauß, 9.7.1975.

¹⁸ ACSP, GS Abgabe 1/341, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Neualbenreuth an Franz Josef Strauß, 5.9.1976.

¹⁹ ACSP, GS Abgabe 1/340, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Bad Füssing an Gerold Tandler, 25.3.1976.

²⁰ Paul Nolte, *Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie*, in: VfZ 61 (2013), S. 275–302, hier S. 285.

Wenn es stimmt, dass die persönliche Würde so ein wichtiger Bezugspunkt für das Erleben von Demokratie wurde, dann führt dies zwangsläufig zu der Schlussfolgerung, dass das „Selbst“ der Engagierten für ihre politische Partizipation einen hohen Stellenwert einnahm. Einklang von privater Lebensführung und politischer Überzeugung; ein expressiver Politikstil; die Aufwertung von Gefühlen und schließlich der starke Akzent auf Selbstentfaltungswerten: All diese Dinge haben Sven Reichardt und andere unter dem Schlagwort der „Authentizität“ als Kennzeichen des Alternativen Milieus beschrieben.²¹ Wenn wir sie nun ausgerechnet bei CSU-Lokalgrößen wiederfinden, dann stellt sich die Frage, was im Wandel der politischen Kultur der 1970er und 1980er Jahre „alternativ“ und was „mainstream“ war. Vieles spricht dafür, dass wir es eher mit einem Wandel zu tun haben, der das Politische auch in den etablierten Formationen demokratischer Partizipation erfasste.²²

²¹ Vgl. Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Frankfurt am Main 2014; ders./Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

²² Vgl. Claudia Christiane Gatzka, *Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980*, in: AfS 58 (2018), S. 201–223.

Fazit: Wandel der demokratischen Kultur

Ein verbindendes Element in diesem Wandel ist sicherlich die Tendenz zur Vergesellschaftung von Politik.²³ Das heißt, dass das Politische sich kommunikativ konstituierte, und daran nahmen Neue Soziale Bewegungen, Journalistinnen und Journalisten und eben auch lokale Engagierte der Parteien Anteil. Ein guter Teil der Friktionen in der innerparteilichen Kommunikation lässt sich auf diesen Wandel zurückführen, denn noch in den 1980er Jahren betrachtete ein großer Teil der professionellen politische Elite die Herstellung gesellschaftlicher Wirklichkeit als ihren Arkanbereich.

Ich bin davon überzeugt, dass – jetzt zitiere ich das Programm dieses Kolloquiums – die Ursachen der gegenwärtigen Ernüchterungserfahrungen und Krisensymptome auch in Spannungen zu suchen sind, die aus solchen Veränderungen von demokratischen Partizipationserwartungen und -erfahrungen seit den 1970er Jahren entstanden.

Ein letzter Gedanke: Zu den Widersprüchen, die die Demokratisierungsprozesse der 1960er und 1970er Jahre hervorbrachten, gehört sicherlich die Verletzlichkeit politisch engagierter Bürgerinnen und Bürger. Eine Erfahrungsgeschichte der Demokratie muss auch unter diesem Gesichtspunkt die Ambivalenzen berücksichtigen, die dem Trend zur „Vergesellschaftung“ von Politik im 20. Jahrhundert innewohnen. Sie offenbaren sich nämlich nicht nur in den plebiszitären Ele-

²³ Vgl. Christoph Classen/Klaus Arnold, *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, in: dies. u.a. (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 11–26, hier S. 15.

menten des Nationalsozialismus, sondern auch in negativen Erfahrungen, die die Ausweitung von Partizipationserwartungen und -chancen seit den 1970er Jahren erst ermöglicht hatte.

Zitation:

Bernhard Gotto: „Stimmungsdemokratie“? Repräsentation, Responsivität und Emotionalität in der internen Kommunikation der CSU in den 1970er und 1980er Jahren, in: HEUSS-FORUM 9/2019, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_9_2019.